

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 46

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

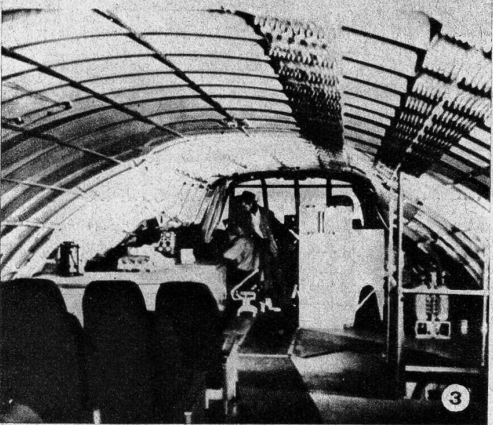
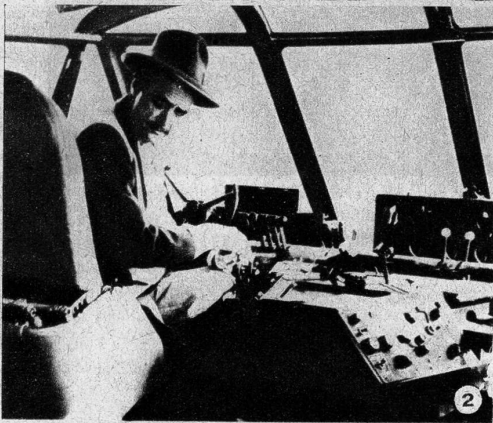
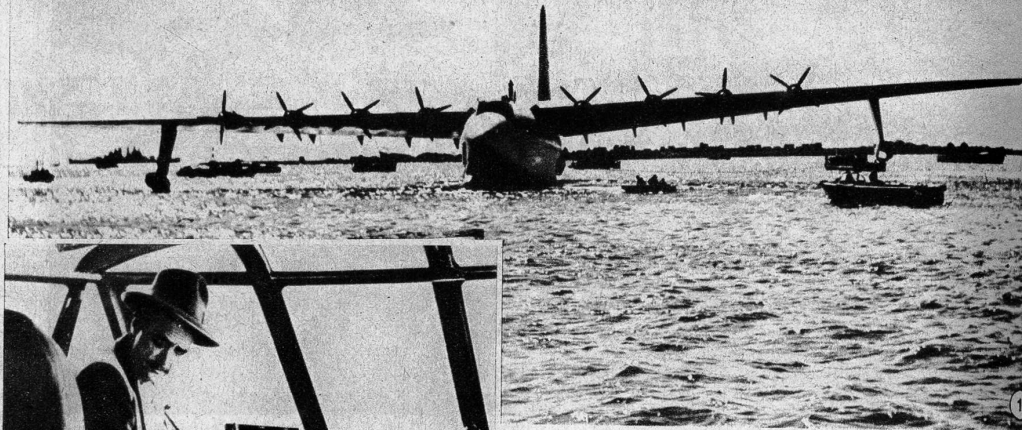
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Teilkrise

-an- Mitten in der Konjunktur erleben wir in einem Sektor unserer Volkswirtschaft, dem der *Hotellerie*, eine regelrechte Krise, wie alle «echten Krisen» aus dem Mangel an Nachfrage hervorgehend. Wir wissen alle, dass daran der englische «travel ban» schuld ist, die Weigerung der Labour-Regierung, für Auslandsreisen Devisen zur Verfügung zu stellen. Festzuhalten ist, wie dies am vergangenen Samstag im Berner Rathaus an der Generalversammlung des Schweizerischen Fremdenverkehr-Verbandes geschah, dass ausser den USA keine Regierung unbeschränkt Devisen für Reisen zur Verfügung stellt. Und noch etwas muss festgehalten werden: Unsere «Furcht vor dem Andrang von Dollars» existiert immer noch, und es waren in Bern die Hotelkreise, die von der Nationalbank verlangten, sie solle gewissermassen unbesehen alle Dollars ankaufen. Wogegen vom Vertreter der Nationalbank eingewendet wurde, die angeblich via Fremdenverkehr in die Schweiz kommenden monatlichen 15 bis 20 Millionen Dollars müssten genau besehen werden, und die Schweiz habe kein Interesse, unsere Noten Schiebern in die Hände zu spielen. Wohl aber würde jeder Dollar, der wirklich der Hotellerie zugute komme, eingelöst werden. Es drücken sich in solchen Forderungen und Bedenken die für den Laien schwer lösbaren Rätsel der Devisenwirtschaft aus, deren Opfer... so nebenbei, unser Fremdenverkehr geworden ist. Man kommt oft auf den Gedanken, die Leute, welche in den verschiedenen Staaten über Handelsbilanzen, Zahlungsbilanzen, Währung, Devisenzuteilung und so fort entscheiden, verstünden am Ende nicht mehr davon als der Laie, und es sei eben ihre verkehrte Angst und Sorge um diese Dinge, welche uns all das Unheil beschere. Ein reicher Herr sagte einst einem Bildhauer, der ihn modelliert hatte, sein Chauffeur finde die Büste nicht ähnlich. «Sucht einen andern Chauffeur», antwortete der Bildhauer. Mit andern Worten: Eine andere Handhabung der Währungsprobleme. Nicht wahr, zwischen 1918 und 1930 wurde an hundert Konferenzen von der «Niederlegung der Handelsschranken» zwischen den einzelnen Staaten geredet... nur geredet. Und nun richtet man die Handelsschranken fleissig wieder auf... im Namen des Dollars, dessen Ueberwertung und Anhäufung in wenigen bevorzugten Staaten zur Ursache der verrücktesten wirtschaftlichen Manöver wird. Etwas kann da nicht stimmen!

Die Resolution der Berner Konferenz weist auf die *gefährvolle Lage* hin, in welche unser Fremdenverkehr unversehens geraten. Sie verlangt, dass die Eidgenossenschaft alles tue, um in London eine Aenderung der Ausreisepaxis zu bewirken. Sie weist auf die besondere Bedeutung Amerikas hin, wünscht, dass die Dollarüberweisungen der dortigen Reisebüros zum offiziellen Kurse eingelöst würden, und dankt im übrigen dem Polizeidepartement für die Aufhebung des Visazwanges im Verkehr mit einer Reihe von Ueberseestaaten.



Das grösste Flugzeug der Welt macht seine ersten Versuchsflüge

Howard Hughes, der bekannte amerikanische Millionär und Flugzeugkonstrukteur, Präsident der Trans World Airlines, erstellte in Long Beach in Kalifornien für 100 Millionen Franken das grösste Flugzeug der Welt. Obschon alle amerikanischen Fachleute überzeugt waren, dass das 200 Tonnen schwere, mit 8 Motoren ausgerüstete Wasserflugzeug sich nie werde erheben können, gelang es dem Erbauer, seine Maschine in die Luft zu bringen. Beim ersten Versuch legte das Riesenflugboot drei Kilometer in 20 m zurück.

Unsere Aufnahmen:

- 1 Howard Hughes, achtmotoriges Riesenflugboot in der Bay von Long Beach in Kalifornien, vor dem ersten Flugversuch.
- 2 Howard Hughes, der Erbauer des grössten Flugzeuges der Welt, am Steuer seines Apparates.
- 3 Blick in den Navigations- und Messraum, anlässlich des ersten Fluges. Das Flugboot ist mehrgeschossig.

Das grosse Markten hat begonnen

Die Stellvertreter der Aussenminister haben in London mit den Besprechungen begonnen, welche die Konferenz der «vier Grossen» und was nachher kommen sollte: Die Friedenskonferenz der «alliierten Nationen», vorzubereiten haben. Es war ein schlechter Start, den die vier Herren der Welt vorführten. Sie gerieten sogleich — nach bekannter Manier — hintereinander, und zwar über Vorfragen. Man kann kaum begreifen, dass über die Teilnahme eines oder zweier Staaten an der spätern Vollkonferenz schon gleich am Anfang unfruchtbare Diskussionen geführt werden, nämlich über die Teilnahme Albanien und Chinas. Die Russen wollen die Albanesen dabei haben, erklären, Albanien sei wirklich eine «alliierte Macht», habe geholfen, die Deutschen aus dem Balkan zu vertreiben, und sogar Amerika sei seinerzeit bereit gewesen, die Blutopfer dieser Nation anzuerkennen. Aber die Westmächte sagen Nein. Die Stimme dieser «Volksdemokratie» unter russischer Vormundschaft könnte an der Vollversammlung irgendwann in unliebsamer Weise Ausschlag geben, im Sinne

Moskaus, und das darf nicht sein. Dagegen würden Amerika und England gern China als eine in ihrem Sinne stimmende Nation eingeladen haben. Jedoch nun finden die Russen, das dürfe nicht sein. Solange der Diktator Tschiang Kai Scheck, der durch den bekannten *amerikanisch-chinesischen Handelsvertrag an die USA gebunden ist*, die Führung Chinas innehat, die Kommunisten von der demokratischen Mitregierung ausschliesst und sich eifrig mit amerikanischem Material versieht, kann China gar nicht als Mitberater oder Unterzeichner des «deutschen Friedens» in Frage kommen. Frankreich hat einen Mittelweg vorgeschlagen: Beide Staaten teilnehmen zu lassen. Aber die Russen lassen nicht mit sich reden, und die Angelsachsen ebensowenig. Moskau will die «Liste der Vereinten Nationen», wie sie vor einem Jahr aufgestellt wurde, kürzen, so eben um den Namen Chinas.

Es ist im übrigen bemüht, zu sehen, welche Zähigkeit und welche Ränke angewendet werden, um in den «internationalen Behörden», den Instanzen der «UNO», das gegnerische Lager an die Wand zu drängen und die Abstimmung

mungsverhältnisse zu eigenen Gunsten zu stabilisieren. So haben die Amerikaner und Engländer angeregt, es sollte bei den Abstimmungen über die Aufnahme neuer UNO-Mitglieder das *Veto-Recht* dahinfallen. Wenn eine Mehrheit für Aufnahme eines Staates sei, dann dürfe kein Neinstimmender unter den Grossmächten dies durch sein «Ich verbiete» vereiteln. Praktisch heisst dies: Wenn die Mehrheit, welche die Westmächte bei Abstimmungen durchwegs besitzen, das nächste Mal Italien aufnehmen will, dann soll das russische Veto nicht noch einmal dazwischen kommen. Stehen dagegen Albanien oder andere Balkanstaaten oder die Mongolei auf der Traktandenliste, kann die Mehrheit den russischen Aufnahmewunsch vereiteln und braucht nicht zum Veto der USA oder Englands zu greifen. Natürlich haben die Russen ihr Veto gegen diese Ausschaltung des Vetos ausgesprochen, und die unfruchtbare Anregung bleibt, was sie war: eben unfruchtbar. Man hat den Russen, die ursprünglich dieses Privileg der Grossmächte bekämpften... vielleicht war es ihnen damit nie ernst... nun einmal ihre Waffe gegen die Majorisierung in die Hände gegeben und soll sich nicht wundern, dass gerade sie davon rücksichtslosen Gebrauch machen. Mit Listen ist da nichts zu erreichen. Man sieht nur voraus, dass die UNO eines Tages an diesem angeborenen Fehler sterben könnte.

In London ist man noch aus einem andern Grunde aneinander geraten. *Die Russen schlagen vor, eine deutsche Zentralregierung einzusetzen, bevor der Friedensvertrag unter Dach sei.* Die andern drei Mächte sind dagegen. Es ist direkt rätselhaft, was die Russen durch die Einsetzung einer solchen Regierung zu erreichen hoffen, denn sie müsste eine totale Schattenregierung sein, angesichts der völligen Auseinander-Manövrierung des Ostens vom Westen. Wahrscheinlich hat der Vorschlag Moskaus nur Propagandawert, kommt er doch den Wünschen der Deutschen entgegen und deckt sich mit den Forderungen der «Sozialistischen Einheitspartei», der Kommunisten also, die als einzige andauernd nach der Einheit des Reiches rufen. Ebenso deckt sich der Vorschlag mit den Wünschen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien Westdeutschlands, welche eine besondere «westdeutsche Regierung» ablehnen, aus Furcht, die ZerreiSSung Deutschlands würde dadurch definitiv.

Im Hinblick auf den Marshall-Plan

kommt den Differenzen unter den vier Stellvertretern vermehrte Bedeutung zu. Man weiss, dass Amerika der Meinung ist, ohne die industrielle Wiederaufrichtung des Reiches habe die Hilfe an das gesamte notleidende Europa keinen Sinn. Nun besteht die grundsätzliche Uneinigkeit zwischen Ost und West darin, dass Moskau diese Wiedererrichtung der deutschen Schwerindustrie bis aufs Messer bekämpft. Das heisst, dass es gerade durch seine Deutschlandpolitik die Grundlagen der Marshall-Hilfe zu untergraben sucht. Möglicherweise hofft der Kreml, durch das Medium einer gesamtdeutschen Zentralregierung Einfluss auf den Gang der westdeutschen Industriepolitik gewinnen zu können. Ein Grund mehr für den Westen, den Russen diese bequeme «Handhabe zur Sabotage» zu versagen.

Als ob es keine Friedenskonferenz und keine vorangehende Vier-Aussenminister-Kon-

ferenz geben werde, schreiten die USA in der Vorbereitung des Marshall-Hilfsprogrammes weiter. Es ist Truman und Marshall klar, dass dieser Feldzug der Hilfe allem vorgeht, was an den Konferenzen gelingen oder misslingen wird. Vor aller Welt wird die «Anti-Katastrophen-Politik» deklariert. Und wenn es vor Zeiten eine bolschewistische Katastrophen-Politik gab, nämlich die Tendenz, Revolutionen zu beschleunigen durch die Förderung des Chaos... hier soll das Gegenteil versucht werden. Man hat anscheinend viel gelernt, nicht nur in den USA. Die These, die heute selbst dem Manne auf der Strasse geläufig ist, lautet: Nehmt der kommunistischen fünften Kolonne für ihre Agitation, das wirtschaftliche Elend! Richtet die bedrohten Nationen auf, dann werde Unzufriedenen sich rapid vermindern. Eine einfache zentrale Erkenntnis! Hoffentlich wird sie einmal, wenn wieder die Gefahr von Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit droht, nicht vergessen!

Das sogenannte «Harriman-Komitee», welches das Hilfsgesuch der 16 Staaten von der Pariser «Marshall-Konferenz» zu begutachten hat, ist zu einigen bemerkenswerten Schlüssen gekommen. Erstens anerkennt dieses Komitee, dass die USA fähig seien, eine solche Hilfe zu leisten. Zweitens wird die Summe um fünf Milliarden herabgesetzt, und zwar wird ausgeführt, die Maximal- und Minimalschätzungen, welche um diese Summe auseinandergelien, hätten ihren Grund in den amerikanischen Preisen. Sodann beschäftigt man sich mit der Frage, was zu geschehen habe, wenn Europa nicht in dem Masse nach den USA exportieren könnten, wie die 16 berechnen. Und ebenso wichtig ist die Ueberlegung, dass ein Ankauf der Waren, die Europa in den nächsten Jahren braucht, nicht in den USA allein geschehen müsste, damit die amerikanischen Preise nicht in eine schwindelnde Höhe steigen möchten. Man müsse vielmehr in der ganzen Welt kaufen.

Sehr wesentlich ist die Empfehlung an den Kongress, die ersten drei Milliarden den Europäern nicht zu pumpen, sondern zu schenken, weil wahrscheinlich «nicht rückerhältlich». Aber ein solches Geschenk soll nicht Ländern gemacht werden, in welchen die Kommunisten «sabotieren», den Gang der Entwicklung durch Streikbewegungen stören könnten.

Was nun Deutschland angeht, das A und O des Aufbauplanes, so verlangt das Harriman-Komitee rasche Erhöhung der deutschen Nahrungs- und Textilrationen, eine deutsche Zentralregierung... entgegen den westlichen Aussenministern... zentrale Währungs- und Preispolitik, ungesäumte Instandstellung der Grubenindustrie, des Transportwesens und der Fabriken. Damit alles «in Ordnung gehe», soll der Kongress die Aufsicht über die Durchführung des Marshall-Planes haben, und die amerikanische Export- und Importbank soll «reguläre Finanzierungsstelle» sein.

Die russische Furcht

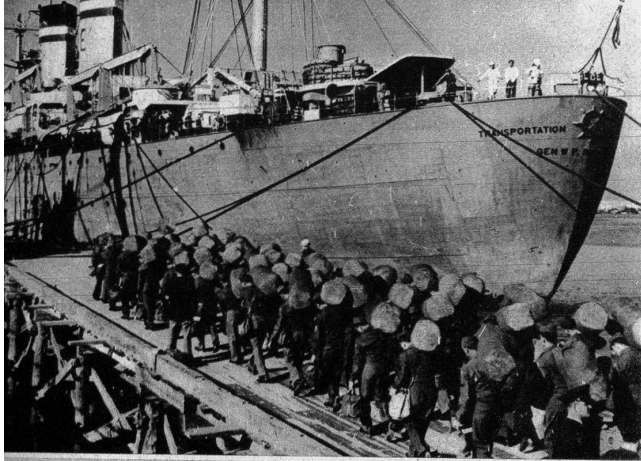
vor diesem entschlossenen amerikanischen Vorgehen, welches voraussichtlich auch den Kongress mitreissen wird und Moskaus Hoffnung, der ganze Plan werde am amerikanischen Egoismus scheitern, zerstreut, findet ihren sozusagen täglichen Niederschlag in der Verschärfung des Kampfes um die Sicherung der Satellitenstaaten.

Da liest man, Tilos Truppen hätten die

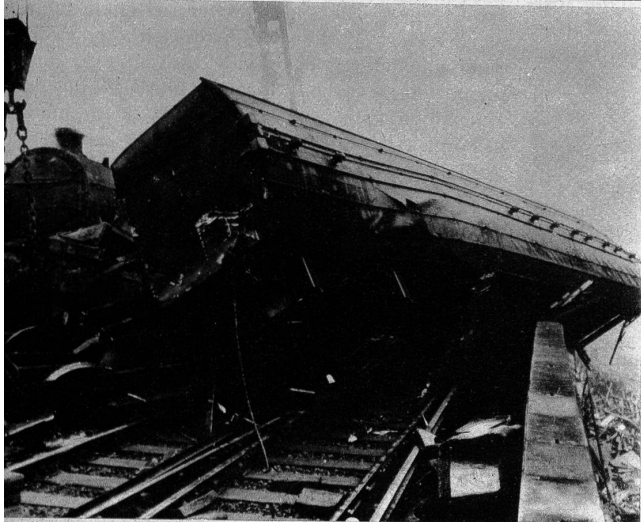
Strassen von der Venezia Giulia nach dem italienischen Venetien gesperrt und führten regelrechte Mauern auf, um alle möglichen Durchgangsstellen unpassierbar zu machen. Gerade als ob morgen italienische oder angelsächsische Truppen den Vormarsch gegen Jugoslawien antreten könnten!

Am interessantesten aber sind die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Dort sind die Kommunisten zu einer scharfen Offensive gegen die andern Parteien angetreten. Diese Offensive wird doppelt geführt. Einmal wird versucht, in der Slowakei nach ungarischem und rumänischem Muster die missliebigen «demokratischen» Parteien zu erledigen. Anlass... vielleicht auch nur Vorwand... bietet die Mitschuld gewisser fascistischer «Demokraten» an der vor Wochen aufgedeckten Verschwörung ehemaliger Tiso-Leute und ihre Zusammenarbeit mit den Ukraine-Guerillas in den Karpathen. Diese «Benderovici» sind heute erledigt. Aber nicht erledigt sind die zahllosen katholischen Bauern in den Dörfern, bei welchen die «Ukrainer» samt ihrem Anhang von Wlassow-Kosaken und deutschen SS-Leuten Unterschlupf fanden. Die Furcht vor den Barden mag dies bewirkt haben. Mitbeteiligt aber ist auch der Hass gegen Prag, wo die Kommunisten führen. Nun hat der Vorsitzende der slowakischen «Kommissar-Regierung» den Rücktritt dieser «Kantonsregierung» bewirkt... im Sinne der Kommunisten, da er selbst Kommunist war. Seitdem sind die organisierten, linksgerichteten Arbeiter beständig auf den Beinen, um eine pure Linksregierung, die Ausmerzung der «demokratischen Partei», die sich kaum von den Tiso-Leuten unterscheidet, und eine Einheitsfront aller Linksparteien zu erzwingen. Der Plan ist klar: In der «östlichen Slowakei» soll eine reine «Volksdemokratie» der Minderheit aufgerichtet werden. So etwas geht viel leichter in einer armen Gegend ohne politische Tradition. So gut wie die Schwarzen können die Roten auch terrorisieren und sich die berühmte Mehrheit schaffen, welche östlich von Wien immer aus dem Zwang resultierte. Ist einmal die Slowakei umgestürzt, hat sich dort die Volksdemokratie stabilisiert, so lässt sich die «westliche» Tschechei von dort aus aufrollen.

Hier, in Böhmen, Mähren und tschechisch Schlesien geht der Führer der Kommunisten, Ministerpräsident Gottwald, anders vor. Zu einer Versammlung aller Parteien wollte er ausser den politischen Organisationen auch die Gewerkschaften und die «Bauern», einen linksradikalen Verband, einladen. Die «tschechischen Sozialisten» des Republik-Präsidenten Benesch weigerten sich, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ganz einfach, weil sie dort majorisiert worden wären, indem Sozialisten und Kommunisten sich dank Teilnahme der andern Organisationen ein doppeltes Stimmrecht erzwingen hätten. Ein Manifest der «tschechischen Sozialisten» brandmarkt diesen Versuch Gottwalds, auf Schleichwegen zur Diktatur über die andern Parteien zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, naht in Prag, langsam aber sicher, das Ende der westlich geschulten Demokratie, und es gäbe dann hinter dem «Eisernen Vorhang» wirklich nur noch Einparteienstaaten. Doch vielleicht erleben wir noch Ueberraschungen...



Bis zum 3. Dezember müssen infolge Inkrafttretens des Friedensvertrages alle amerikanischen Soldaten die italienische Halbinsel verlassen haben. Es gilt, eine gewaltige Organisation abzubauen. Das Material wird teilweise nach den USA spedit, teilweise der neuen italienischen Armee käuflich überlassen. Der modernste Transporter der amerikanischen Armee «General W. P. Richardson» ist eben daran, einen neuen Schub von 2600 Mann in einer Flottenbasis der Amerikaner zu übernehmen, um sie nach der Heimat zu befördern (ATP)



Drei Eisenbahnunglücke in der selben Nacht

Dichter Nebel über London verursachte in einer einzigen Nacht gleich drei Eisenbahnunglücke, die 6 Tote und über 80 Verletzte forderten. Damit hat England innert 14 Tagen nicht weniger als fünf Zugsunglücke mit 60 Todesopfern erlebt (ATP)

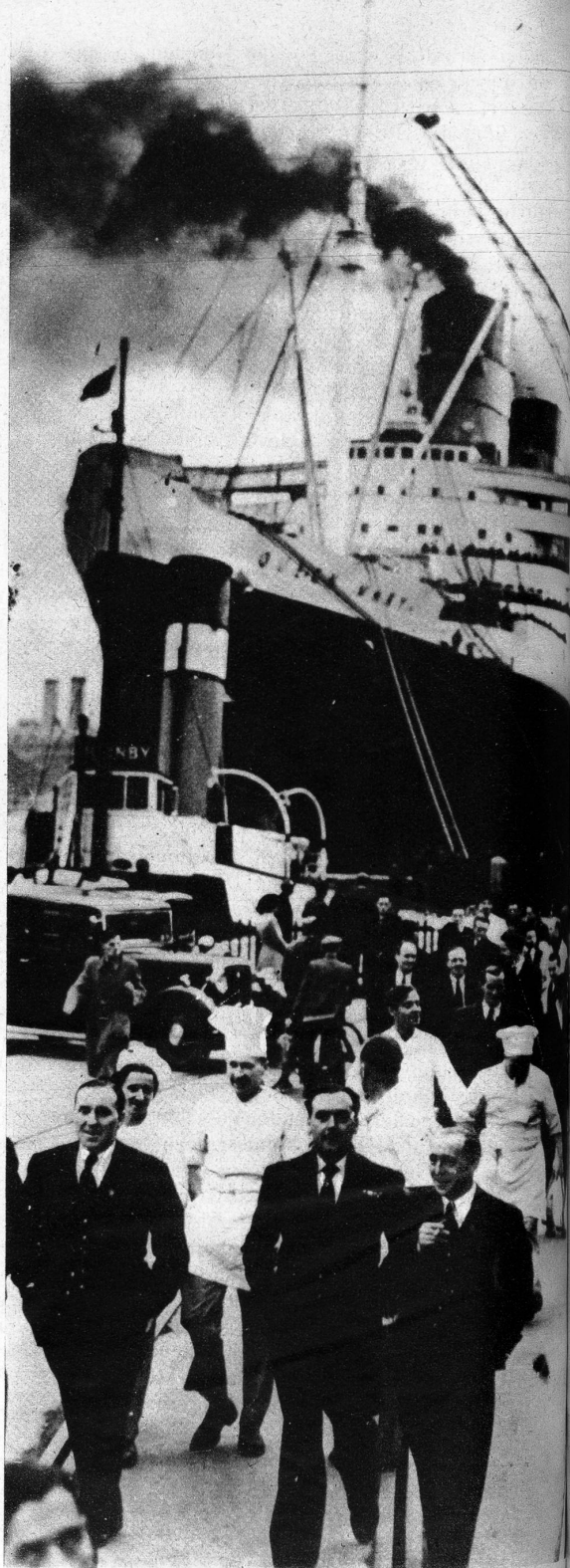


In Gegenwart des schweizerischen Gesandten in Paris, Minister Carl Burckhardt, und zahlreicher Mitglieder der Schweizer Kolonie fand am Samstag in Neuilly die feierliche Uebergabe des Terrains statt, auf welchem ein Schweizer Spital erstellt werden soll. Mit den Bauarbeiten für das für die in Frankreich wohnhaften Landsleute bestimmte Spital soll im nächsten Frühling begonnen werden



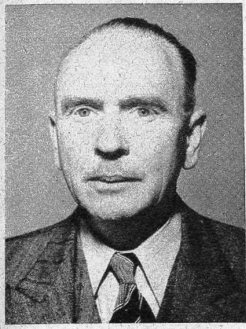
Genf ehrt seine toten Soldaten

Jedes Jahr begeht die Stadt Genf eine eindruckliche Gedenkfeier zur Erinnerung an die im Dienste des Vaterlandes verstorbenen Soldaten. Ein riesiges Defilé zieht jeweils durch den Parc Mon-Repos, wo ein schlichtes Denkmal an die namenlosen Opfer erinnert. Angeführt wird der Zug durch die Veteranen von 1914—1918, die in ihrer damaligen Uniform und mit ihrer damaligen Fahne den toten Kameraden die Ehre erweisen (ATP)

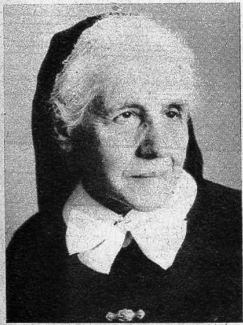


Streik auf der «Queen Mary»: Die Mannschaft verlässt das Schiff

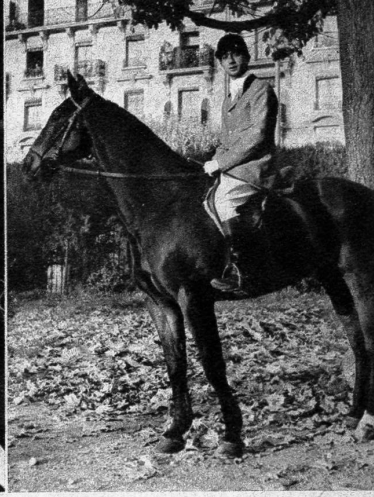
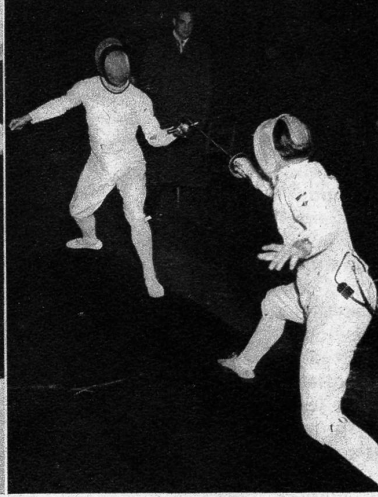
Auf dem 81 000 Tonnen grossen Luxusdampfer «Queen Mary» ist im Hafen von Southampton ein Streik ausgebrochen. Von der Besatzung von 1340 Mann verliessen 1000 das Schiff, auf dem sich neben Hunderten vornehmer Passagiere auch der Herzog und die Herzogin von Windsor befanden. Da, wie unser Bild zeigt, auch das Küchenpersonal mitmachte, blieben die Passagiere ohne Mahlzeiten. Vergebens verlangte der Kapitän eine Tasse Kaffee — sie wurde dem sonst Allmächtigen verweigert. Als die Differenzen beigelegt waren, verhinderte dichter Nebel die Ausfahrt des Ozeanriesen. (ATP)



Der Bundesrat beförderte den zweiten Sektionschef PTT Hans Leuenberger von Rüderswil und Neuenburg zum ersten Sektionschef bei der Telegraphen- und Telephonabteilung, Sektion Inspektorat und Kanzlei (ATP)



Nach einer verdienstvollen, 50-jährigen Tätigkeit als Leiterin und ehemals Gründerin der 1899 entstandenen Asyle Eben-Ezer ist in Lausanne die im 80. Altersjahr stehende Sr. Dr. h. c. Julie Hofmann zurückgetreten (ATP)



Die 13. Schweiz. Geräte-meisterschaft, die mit Rücksicht auf die olympischen Vorbereitungen in einem sich nur über drei Monate erstreckenden abgekürzten Verfahren durchgeführt wird, wurde am letzten Wochenende mit den ersten Ausscheidungen in Rapperswil, Chur und Interlaken gestartet. Ohne Ueberraschungen ging es nicht ab, Adatte schied in Chur aus, Reusch hat auf die Teilnahme überhaupt verzichtet und selbst der Rapperswiler Tagessieger Walter Lehmann, den wir in einem prachtvollen Kreuzhang zeigen, hat insgesamt 1,3 Punkte eingebüsst. Die Kämpfe versprechen also noch allerhand Dramatik, bis die Finalisten im Februar ermittelt sind (ATP)

14. Schweizerische Militär-Fechtmeisterschaft 1947

In der in Zürich vom Unteroffiziersverein Zürich organisierten 14. Schweiz. Militär-Fechtmeisterschaft 1947, die die 60 in den regionalen Ausscheidungen erkorenen Fechter am Start sah, ergab den überraschenden Sieg von Major i. Gst. Walo Hörning, Bern, eines der ältesten Fechter unseres Landes. Major Hörning, den wir hier im Kampf gegen den bekannten Fünfkämpfer, Oblt. Dalcher Paul (links), -Basel, sehen, wurde somit Gewinner des Wanderpreises des Generals. (ATP)

Die erste Hauptprüfung des im Palais des Expositions in Genf durchgeführten internationalen Reitturniers mit den besten Pferden und Reitern aus Frankreich, Belgien, Italien, Holland, USA und der Schweiz brachte einen grossen italienischen Sieg des Herrenreiters Perrone auf Marco IV, der in einem fabelhaft schnellen Ritt mit 0 Fehlern die sehr starken Franzosen um volle 7 Sekunden schlug

Ein originelles Fussballtreffen!

Auf dem Zürcher Sportplatz Guggach wickelte sich ein Fussballtreffen ab, das in dieser Originalität sicher einmalig ist. Die Fussballmannschaft der Swissair hat die Kollegen der KLM. (niederländischen Luftfahrtgesellschaft) zu einem Freundschaftstreffen geladen. Nun, hinter der beschaulichen KLM. verbargen sich eine ganze Reihe I. Divisionsspieler, ja sogar Internationale, so dass unsere Swissair die Freundschaft mit 2:8 Toren bezahlen musste (ATP)



13. Frauenfelder Militär-Wettmarsch

Rechts: Der 13. Waffenlauf brachte eine grosse Ueberraschung: in Frauenfeld wurde der Start gegeben, in Frauenfeld fiel aber auch gleich die Entscheidung! Noch in den Strassen der Stadt bildete sich eine Spitzengruppe aus sieben Mann, die ganz im Gegensatz zu früheren Jahren, den Lauf von Anfang an unter sich ausmachten! Wir sehen hier diese Gruppe vor Matzingen in der thurgauischen Landschaft. Von links nach rechts: Sdt. Schmid Ad., Wm. Märki Paul, Fk. Frischknecht, der grosse Sieger, Kpl. Müller, Füs. Jutz Ad. und Grzw. Meili (ATP)

Links: In der Härte des über 43,6 km führenden Kampfes trat unser Marathonmeister, Fk. Hans Frischknecht, als der überragende Mann des Tages hervor

